

Wenn sich deutschsprachige Bündner diskriminiert fühlen

*Diskriminierung der Deutschsprachigen,
TA vom 19. 5.*

Im letzten Jahrhundert sind über dreissig Bündner Gemeinden germanisiert worden. Um die älteste Sprache der Schweiz dort zu schützen, wo sie noch rege gesprochen wird, hat der Bündner Grosse Rat das Sprachengesetz einstimmig verabschiedet. Dagegen wurde ausgerechnet in einem deutschsprachigen Tal, das von diesem Gesetz überhaupt nicht betroffen ist, das Referendum ergriffen. Es ist etwa so, wie wenn im Kanton Bern die Grindelwaldner gegen Bestimmungen protestierten, die dem Berner Jura ihre Sprachouveränität garantieren. In den

Bündner Referendumskreisen spricht man von einer «Diskriminierung der deutschen Mehrheit» durch das Sprachengesetz. Das tönt gut, ist aber ein Witz. Denn wenn man versuchen würde, das Bündner Sprachengesetz im Kanton Bern einzuführen, ginge die ganze französischsprachige Schweiz auf die Barrikaden.

Nicht weil die deutsche Mehrheit diskriminiert würde, sondern weil die meisten Bestimmungen in diesem Sprachengesetz so lasch sind, dass sie von einer französischsprachigen Minderheit nie und nimmer akzeptiert würden.

CLAUDIA CADRUVI. UZNACH